

SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

Foto: © sebra – stock.adobe.com

Teuerung, was tun?

Es braucht höhere Löhne

ISEE, Landeskindergeld, „Entlastungsbonus“

Wichtige Informationen





IMPRESSUM

SOLIDARITÄT
SOLIDARIETÀ

Zeitschrift des SGB CISL
Siemensstraße 23
39100 Bozen
Tel. 0471 568 401
Fax 0471 568 403
www.sgbcisl.it

Eintragung Landesgericht
Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977
Presserechtlich verantwortlich:
Florian Kronbichler
ROC-Eintragung Nr. 22308
vom 19.1.2012

Druck:
Tip. Tezzele by Esperia, Bozen

Redaktion:
Donatella Califano, Tila Mair,
Omar Covi, Josef Untermarzoner,
Armin Pircher, Francesca Folli

Kontakt:
armin.pircher@sgbcisl.it
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen
Tel. 0471 568 402



Foto: © superingo - stock.adobe.com

Leitartikel

(D)eine Mitgliedschaft hilft 3
Soziales und Verhandlungen 3

Titelthema

An höheren Löhnen führt kein
Weg vorbei 4-5

Interview

Preissteigerungen und Konsum aus Verbrauchersicht 6

Raum und Landschaft

Gemeinezukunft mitgestalten 7

Arbeit und Gesundheit

Schon gewusst? Wir haben einen Schalter gegen Belastungen
am Arbeitsplatz 8

Standpunkt

Wie Armut bekämpfen? 9

Fachgewerkschaften

Öffentlicher Dienst: Personalsituation verlangt
auch langfristige Lösungen 10
FeLSA, die Anlaufstelle für atypisch Beschäftigte 11

Organisation

Nachruf auf Klaus Reider 12

Aus den Bezirken

„Lebensräume in Meran“ – gelebte Nachbarschaftshilfe für Jung und Alt ..13
Bozen setzt auf das Fahrrad 14
Das Haus der Solidarität in Brixen 15

Service, soziale Vor- und Fürsorge

Infos zum 500-Euro-Bonus des Landes16
Neues bei der Elternzeit 17
Landeskindergeld – Erneuerung ab 2023 17

Vermischtes

Verbraucherrubrik18

Kultur & Freizeit

Rahmenprogramm 2023 19

Zu guter letzt

Solidarität für 20



Dieter Mayr
SGBCISL-Generalsekretär

(D)eine Mitgliedschaft hilft

Lohnt es sich noch Gewerkschaftsmitglied zu sein? Diese Frage hören wir immer wieder, ebenso den Vorwurf, Gewerkschaften seien nicht präsent und würden Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen nicht mehr vertreten. Dabei ist es gerade in schwierigen Zeiten wichtig, auf eine starke Interessenvertretung zählen zu können. Und nur eine breite, starke Mitgliederbasis ermöglicht es uns wiederum, Rechte zu verteidigen, Interessen durchzusetzen und eine Betreuung zu gewährleisten, wie sie von unseren vielen engagierten MitarbeiterInnen in all unseren Anlaufstellen tagtäglich geboten wird. Mehr Mitglieder bedeutet auch mehr Rückenwind gegenüber Arbeitgebern und Politik: Wir sind keine Entscheidungsträger, wir müssen zählbare Ergebnisse verhandeln und erringen, und oft scheint es ein Kampf gegen Windmühlen zu sein.

Es gibt viele offene Baustellen. Ein großes Ziel ist und bleibt der Einsatz für höhere Löhne. Die Vertragsverhandlungen auf nationaler Ebene oder in Südtirol im öffentlichen Dienst gestalten sich aber als außerordentlich schwierig. Für uns als Gewerkschaft bedeutet dies noch mehr Verantwortung, noch mehr Einsatz, vielleicht auch mehr Kampfmaßnahmen. Für dieses große Ziel müssen wir weiterhin zusammenstehen und stetig dafür arbeiten, im Interesse unserer Mitglieder und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in Südtirol.

Dieter Mayr



Donatella Califano
SGBCISL-Generalsekretärin

Soziales und Verhandlungen

Das Jahr, das nun zu Ende geht, ist noch stark von den Nachwirkungen der Pandemie und den Auswirkungen der geopolitischen Krise infolge des russischen Einmarsches in der Ukraine geprägt.

In dieser schwierigen Zeit haben wir uns bemüht, vor allem den sozial Schwächsten Betreuung und Unterstützung zu bieten. Die Zunahme der Armut, die instabilen Beschäftigungsverhältnisse, die auch in Südtirol existierenden Formen von unterbezahlter Arbeit haben allen vor Augen geführt, wie wichtig der Sozialstaat für die Absicherung der Menschen ist. Gleichzeitig aber ist es unerlässlich, die Kollektivvertragsverhandlungen wieder anzukurbeln, damit die Löhne mit den steigenden Lebenshaltungskosten mithalten.

Eine Vorgabe des Landeskongresses im Frühjahr war es, unsere Rolle als gewerkschaftliche Vertretung aufzuwerten. So wollen wir uns im neuen Jahr an der Seite unserer Mitglieder auf höhere Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen hinarbeiten. Angesichts der großen Veränderungen wie dem Klima- und dem Energiewandel wollen wir uns für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen, in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Das neue Jahr möge ein Jahr des Friedens und des Neubeginns werden.

Donatella Califano

An höheren Löhnen führt kein Weg vorbei

Die Preissteigerungen sind die Herausforderung der Stunde. Es braucht aber auch längerfristige Strategien, um Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu sichern. Für die Gewerkschaft führt dabei kein Weg an angemessenen Löhnen vorbei.

Die Inflation ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Nicht nur Haushalte mit geringen Einkommen bekommen die Folgen der massiven Teuerung zu spüren, auch die so genannte Mittelschicht ist davon betroffen. In der Arbeitnehmerumfrage AFI-Barometer vom Herbst 2022 gaben 46% der Befragten an, nur mit Schwierigkeiten über die Runden zu kommen. Das ist der höchste Wert, der jemals vom AFI-Barometer erhoben wurde. Nur jede dritte Arbeitnehmerfamilie rechnet damit, in den nächsten 12 Monaten Geld beiseitelegen zu können.

Das sind schlechte Vorzeichen, auch weil wir für das Jahr 2023 mit einem starken Kaufkraftverlust rechnen müssen, der den Konsum weiter schwächt. Wenn dann 2023 auch angemessene Lohnerhöhungen ausbleiben würden, hätte dies folgenschweren Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft und in weiterer Folge auch für die Gesellschaft.

Gründe für die hohe Inflation sind die weiterhin bestehenden Lieferengpässe und die steigenden Getreide- und Energiepreise infolge des Ukraine-Kriegs. Aber auch die Spekulation

bei Gas und Öl heizt die Preissteigerungen an. Lösungen gegen diese Entwicklungen sind auf internationaler bzw. europäischer Ebene zu suchen, ein erster wichtiger Schritt gegen die Teuerungswelle wäre eine stabile Energie- und Geldpolitik.

Auch auf gesamtstaatlicher und lokaler Ebene muss der Hebel ange-setzt werden. Hierbei ist zwischen kurzfristigen sowie mittel- und langfristigen Zielen und Maßnahmen zu unterscheiden.

Kurzfristig machen die Soforthilfen durchaus Sinn. Die vier Südtiroler Gewerkschaftsbünde haben solche Maßnahmen auch eingefordert (siehe Info-Kasten). Die Landespolitik hat reagiert und Hilfsmaßnahmen aufgelegt, die Familien wie Einzelpersonen zugutekommen. Diese Unterstützungsleistungen sind direkter und indirekter Art und reichen von Direktzahlungen wie die Einmalzahlung von 600 oder 500 Euro an Familien und andere Haushalte über Hilfen an Gemeinden und Bezirksgemeinschaften bis hin zu vergünstigten Stromtarifen. Dabei hat das Land Südtirol auch einiges an Geld in die Hand genommen, das Hilfspaket ist 100 Millionen Euro schwer. Dazu kommen noch die Unterstützungsleistungen über die gesamtstaatliche Schiene.

Diese Unterstützungen, breit gestreut und unbürokratisch ausbezahlt, zielen darauf ab, die Folgen der Inflation abzumildern. Es muss aber auch allen klar sein, dass diese Maßnahmen Übergangslösungen sind. Die Überwindung der Teuerung erfordert mittel- und langfristige Strategien.

Ein wichtiger Baustein ist eine nachhaltige regionale Wirtschafts- und

Vier Forderungen

Die Forderungen an die Landesregierung, die im September von den Südtiroler Gewerkschaftsbünden gemeinsam vorgebracht worden sind:

1. Unterstützung für die Stromrechnung

500 Euro bei einem ISEE-Wert bis zu 25.000 Euro sowie 300 Euro bei einem ISEE-Wert von 25.000 bis 40.000 Euro für jene, die von den staatlichen Unterstützungen auf die Stromrechnung ausgeschlossen sind.

2. Hilfe für die Wohnungsnebenkosten

- a) Anhebung von 20% des Beitrages
- b) 500 Euro bei einem ISEE-Wert bis 25.000 Euro sowie 300 Euro bei einem ISEE-Wert von 25.000 bis 40.000 Euro für jene, die kein Anrecht auf diese Leistung haben.

3. Maßnahmen für die Unterstützung der zweiten Verhandlungsebene und Erneuerung der Kollektivverträge im öffentlichen Dienst

- a) Einsatz für gesamtstaatliche Steuerbegünstigungen für Einkommen aus Zusatzverträgen
- b) und für ein System, wonach Landesbeiträge nur noch an jene Betriebe ausgezahlt werden, die durch die Anwendung von Zusatzverträgen eine für Südtirol angemessene Kaufkraft garantieren.

4. Finanzierung des Sozialstaates

Um den Sozialstaat in Südtirol weiterhin zu garantieren, darf es keine Kürzungen der finanziellen Mittel im Bereich des Sozialen, der Sanität und der öffentlichen Dienstleistungen geben. Im Gegenteil muss ein gutes Funktionieren der essenziellen Dienste weiterhin garantiert werden.



Angemessene Löhne für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen: ein Hauptziel der Gewerkschaft, umso mehr in Anbetracht der derzeit stark steigenden Preise.

Energiepolitik. Lokale Kreisläufe müssen unterstützt und eine größtmögliche Unabhängigkeit von fossiler Energie hergestellt werden. Haushalte sollten immer energieautarker werden, also weniger abhängig von externen Energielieferungen. Dazu braucht es Anreize und Förderungen für Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen usw.

Ein weiterer Baustein sind gezielte Maßnahmen auf dem Wohnungsmarkt, damit Wohnraum wieder erschwinglich wird. In diesem Zusammenhang braucht es auch eine gerechtere Steuerpolitik, etwa indem touristische Vermietung höher besteuert wird als die Vermietung für Wohnzwecke.

Ein wichtiges gewerkschaftliches Ziel ist eine gerechte Verteilungspolitik, damit es die Familien mit dem Einkommen bis Monatsende schaffen und der Konsum nicht einbricht.

Dreh- und Angelpunkt ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine gerechte und effiziente Lohnpolitik. Südtirol steht da leider nicht gut da

Dreh- und Angelpunkt ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine gerechte und effiziente Lohnpolitik. Südtirol steht da leider nicht gut da: Südtirol ist teuer, sehr teuer, die Löhne im Verhältnis allerdings zu niedrig. Die von den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen festgelegten Mindestlöhne sind angesichts der Lebenshaltungskosten in Südtirol vielfach nicht ausreichend, und dazu kommen weitere Problemstellungen, etwa wenn die Preisabschläge bei öffentlichen Ausschreibungen zu Lasten der Beschäftigten gehen. Auch deshalb sind in Südtirol viele, zu viele Menschen auf öffentliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Sozialleistungen sind wichtige Maßnahmen zur Stützung des Einkommens und ein Instrument sozialer Gerechtigkeit, es darf aber nicht sein, dass sie als Lückenbüßer herhalten müssen für zu niedrige Lohnniveaus: Einkommen aus Arbeit muss für ein würdiges Leben reichen!

Wir fordern deshalb seit Jahren über den Abschluss eines Rahmenabkommens „Pakt für Südtirol“ eine funktionierende und richtungsweisende Sozialpartnerschaft. Von grundlegender Bedeutung ist, dass die Politik gute Rahmenbedingungen schafft. So fordern wir, dass die Politik die Vergabe von öffentlichen Beiträgen zugunsten der Unternehmen an die Verhandlung und Anwendung von Landeszusatzverträgen koppelt, die auch angemessene Löhne ermöglichen.

Dieter Mayr

Preissteigerungen und Konsum aus Verbrauchersicht

Inflation, Energiesparen und bewusster Konsum sind derzeit hochaktuelle Themen. Wir haben bei der Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Südtirol Gunde Bauhofer nachgefragt.

Frau Bauhofer, wie beurteilen Sie diese Teuerungswelle?

Beunruhigend. Ausgehend vom Energiesektor hat sie sich auf andere Sektoren, wie z.B. den Lebensmittelbereich, ausgeweitet. Die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Teuerung gesetzt werden, sei es nun in Rom oder von der Europäischen Zentralbank, zeigen im Moment wenig Wirkung, und es scheinen auch kaum konkrete Abhilfen in Sicht.

Wie stark wirkt sich diese Entwicklung auf die VZS als Anlaufstelle der Konsument/innen in ihrer täglichen Arbeit aus?

Das Thema Energiesparen ist viel stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt – war ein ressourcenschonender Alltag früher vor allem ein Thema für jene, die Umwelt und Klima schützen wollten, ist es heute ein Thema, das die Mehrheit der Menschen täglich beschäftigt.

Wie ändert sich das Konsumverhalten der Bürger/innen?

Bei jenen, die das „Sparen“ von klein auf gewohnt sind, ändern sich die Gewohnheiten wenig: sie prüfen zuerst die verfügbaren Mittel, und kaufen erst dann. Andere, die das Sparen so

nicht wirklich gewohnt sind, riskieren ins Schleudern zu kommen, weil mit demselben Geld weniger Güter oder Dienstleistungen erworben werden können.

Was würden Sie Menschen empfehlen, die in eine finanzielle Schieflage geraten?

Schnellstmöglich Rat und Hilfe einzuholen, und dabei keine falsche Scheu aufkommen zu lassen. Es gibt in Südtirol neben den öffentlichen Anlaufstellen auch eine Menge anderer Organisationen, bei denen man sich unkompliziert Unterstützung holen kann.

Was ist das Haushaltsbuch 2.0 und wie funktioniert es?

Das Haushaltsbuch 2.0 ist eine Hilfe für all jene, die mehr Kontrolle über ihre eigenen Finanzen haben wollen. Das erste Haushaltsbuch haben wir im Jahr 2013 online gestellt – damals wie heute hilft mir dieses digitale Tool, meine Einnahmen und Ausgaben zu verwalten, und sagt mir auf einen Blick, ganz ohne Rechenarbeit, wie viel Geld für den aktuellen Zeitraum noch verfügbar ist. Die neue Version – daher 2.0 – wurde mit einer neuen Software ausgestattet, und funktioniert nun



Gunde Bauhofer

wieder für alle Plattformen und Systeme, also vom PC und von jedem Handy oder Tablet aus.

Was bedeutet bewusster Konsum und inwieweit kann dies auch beim Sparen helfen?

Beim bewussten Konsum würde ich zwei Aspekte unterscheiden: zum einen geht es darum, meinen Bedarf – an Waren oder Dienstleistungen – festzuhalten, und erst dann eine Kaufentscheidung zu treffen, und mir nicht von Werbung und Marketing „künstlich“ Bedarf suggerieren zu lassen. Auf der anderen Seite geht es aber darum, meine Kaufentscheidungen so zu gestalten, dass Umwelt, Klima und Ressourcen im Allgemeinen nicht überstrapaziert werden – das erfordert noch mehr kritisches Abwägen und Hinterfragen meines Konsumverhaltens.

Wie lange wird uns die Problematik der massiven Preissteigerungen noch beschäftigen?

Leider haben wir alle keine Kristallkugel – im Allgemeinen geht man davon aus, dass 2023 noch im Zeichen der Teuerung stehen und sich die Lage erst dann wieder einpendeln wird. Ganz viel wird davon abhängen, was im Energiesektor in dieser Zeit passiert – global, national und auch lokal.



Gemeindezukunft mitgestalten

Der SGBCISL hat im Oktober bei einer Tagung mit Delegierten und Experten die Inhalte und Perspektiven des Landesgesetzes „Raum und Landschaft“ erörtert. Dabei ging es auch um die Frage, ob und wie die raumordnerische Entwicklung und die Lebens- und Wohnqualität auf Gemeindeebene mitgestaltet werden können.

Ziel der Veranstaltung „Das Gesetz Raum und Landschaft und die Rolle der Gewerkschaft“ war es, Einblicke in diesen Bereich zu bieten, die gesetzlichen Grundlagen kennenzulernen und die Mitgestaltungsspielräume für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Gewerkschaft zu erörtern.

Für die Gewerkschaft geht es darum, vor allem kollektive Interessen zu vertreten, wie

- › den Schutz von Umwelt und Landschaft als Allgemeingut und Wirtschaftsfaktor,
- › bessere Rahmenbedingungen für ein leistbares Wohnen,
- › und eine nachhaltige Entwicklung auf Gemeindeebene.

„Nachhaltige Gemeinden“ ist eines der 17 Hauptziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der UNO für eine fairere und wohlhabendere Gesellschaft.

Für die einführenden Referate konnten der Raumordnungsfachmann **Peter Morello** und der Direktor des Landesressorts Raumentwicklung, Landschaft und Denkmalpflege **Frank Weber** gewonnen werden. Sie gingen unter anderem auf die Eckpunkte des Gesetzes ein und zeigten die Wichtigkeit des Gemeindeentwicklungsprogramms auf. Sie sind die Grundlage für die sozioökonomische und wohnbaumäßige Entwicklung jeder Gemeinde, wobei bei der Erarbeitung die Beteiligung der Bürger und Interessensvertretungen vorgesehen ist.

Am Runden Tisch diskutierten die zuständige Landesrätin **Maria Hochgruber Kuenzer**, Gemeinderatspräsident **Andreas Schatzer** sowie die Landtagsabgeordneten **Riccardo Dello Sbarba** und **Paul Köllensperger** über Entstehung, Bedeutung und Perspektiven des Gesetzes.



Ob das Gesetz tatsächlich eine positive Entwicklung anstoßen kann, hängt von der konkreten Umsetzung ab, und dabei auch, inwieweit die Gemeinden die Beteiligung der Bürger unterstützen und fördern.

Die Infokampagne des Landes zum Mitbestimmungsprozess auf Gemeindeebene ist, wie von Landesrätin Hochgruber Kuenzer bei der Tagung verkündet, im November gestartet. Mehr dazu auf der Webseite www.gemeindeentwicklungsprogramm.it

Entwurf zum staatlichen Haushaltsgesetz

Haushalt, Licht und Schatten

Die neue Regierung in Rom wird von Teilen der heimischen Politik stark gehofft. Auch der Haushaltsgesetzesentwurf für 2023 hat Anklang gefunden.

Wir als Vertretung der Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen sehen den Haushaltsgesetzesentwurf etwas differenzierter (Wir nehmen Bezug auf den Entwurf, Stand bei Redaktionsschluss). Ja, es sind einige Hilfsmaßnahmen und Erleichterungen geplant, im Entwurf sind auch einige Punkte zu finden, welche die CISL gegenüber der Politik im Vorfeld der Parlamentswahlen vorgebracht hatte. Zu den positiven Aspekten gehört

auch die Entschärfung des drohenden sprunghaften Rentenanstiegs („Fornero-Gesetz“). Die Arbeit wird steuerlich geringfügig entlastet.

Es gibt aber auch einige Schattenseiten. Dazu zählen die Ausdehnung der 15%igen Flat tax für die Selbständigen, die Anhebung der Bargeldgrenze, die Begrenzung der Rentenanhebung nur auf niedrige Renten und die Hürden für die Inanspruchnahme der Sonderrentenregelung für Frauen. Zudem sollen die Lohngutscheine „Voucher“ ausgeweitet werden, die auch für die Rentenabsicherung sehr problematisch sind.

Im Entwurf zum Haushaltsgesetz findet sich wenig Nachhaltiges, ebenso fehlen echte Anreize im Bereich Arbeit. Es wird sich zeigen, ob bis zur endgültigen Verabschiedung des Haushaltsgesetzes im Parlament noch Verbesserungen erwirkt werden können.

Rechtsregierungen haben sich in Vergangenheit nicht gerade durch ihren Einsatz für soziale Gerechtigkeit ausgezeichnet. Ein Grund mehr, achtsam zu bleiben und weiterhin Ungerechtigkeiten aufzuzeigen und anzugehen.

Schon gewusst? Wir haben einen Schalter gegen Belastungen am Arbeitsplatz

Mobbing, Konflikte, Ängste, Stress, Schikanen am Arbeitsplatz? Wir stellen dir ein Team von Arbeitspsychologen zur Seite. Ein neuer, kostenloser Dienst des SGBCISL!



Belastungen am Arbeitsplatz hat es immer schon gegeben, Pandemie und Wirtschaftskrise haben dieses Problem aber noch verschärft. Wenn die Arbeit zur Last wird, wenn die zwischenmenschlichen Beziehungen sich verschlechtern, wenn Konfliktsituationen am Arbeitsplatz zunehmen, dann kann dies dazu führen, dass wir uns nicht wertgeschätzt fühlen, Angst oder Stress empfinden, uns unwohl, verärgert oder frustriert fühlen. Arbeitsbedingte Belastungen können viele Gesichter haben, und die Folgen wirken sich häufig auch auf unser Privatleben aus.

Es ist wichtig, die Anzeichen nicht zu unterschätzen und rechtzeitig zu reagieren. Dazu hat der SGBCISL eine Kontakt- und Beratungsstelle eingerichtet, die sich an alle Mitglieder richtet.

Dieser Dienst wird landesweit in Zusammenarbeit mit einem von Dr.

Raffaele Virgadola koordinierten Expertenteam erbracht.

Geboten werden zwei kostenlose Gesprächsstunden mit Arbeitspsychologinnen und Arbeitspsychologen. Ziel der Beratung ist es, die Dynamiken zu ergründen, die dem Unbehagen zugrunde liegen, mögliche Lösungswege und Strategien aufzuzeigen, um die Situation bewältigen zu können und eine gezielte psychologische Unterstützung zu bieten.

Über den „Schalter“ können auch Fälle von Mobbing oder Gewalt am Arbeitsplatz ermittelt werden, für die es spezifische Maßnahmen und Schutzbestimmungen gibt.

Wendet euch für diesen Dienst an eure Fachgewerkschaft, die Fachgewerkschaften sind die Anlaufstelle für die Beanspruchung dieser Kontakt- und Beratungsstelle.

Sandro Fraternali
SGBCISL-Landessekretär

So funktioniert der Dienst

Der Dienst richtet sich an alle SGBCISL-Mitglieder.

Geboten werden individuelle Beratungsgespräche mit Fachleuten.

Die Gespräche zielen darauf ab:

- › die Ursachen des Unbehagens zu ergründen
- › und einige Strategien zur Bewältigung der Belastungen zu erörtern

Lass dir helfen, wende dich an deine Fachgewerkschaft in unseren Bezirkssitzen.



Wie Armut bekämpfen?

Armut bekämpft man nicht, indem man die Sozialpolitik in Richtung Mittelstand verlagert. Die Ungleichheit muss ernsthaft angegangen werden. Das Bild der Mitte ist im europäischen Denken tief verwurzelt. Die Auswirkungen haben nicht vor Sozialpolitik Halt gemacht. Nicht mehr reine Arbeiterpolitik sollte sie sein, sondern den Mittelstand in die Förderungen miteinbeziehen. Erschwert wird diese Diskussion dadurch, weil es bisher nicht möglich war, zu einer Klärung des Begriffes ‚Mittelstand‘ zu gelangen und auszusagen, wer darunter eigentlich gemeint ist. Mittelstand ist heute eine bunt zusammengewürfelte Gruppe, die nicht den Mut findet nach oben und nach unten klare Grenzlinien zu ziehen. In diesem Dilemma befinden sich auch die Gewerkschaften.

Warum diese Fixierung auf den Mittelstand? Mitte klingt nach Durchschnitt, nach Sicherheit. Man möchte nie und nimmer als Sozialfall aufscheinen. Man schämt sich, zu den Verlierern zu gehören. Wen wundert's, dass Politiker

in fast allen Ländern der EU nach der Mitte schießen. Zusammengehalten wird die Mitte durch die Erzählung, dass sie die Leistungsträger der Gesellschaft sind. Sie, die Leistungsträger, vor dem Abstieg zu bewahren, ist derzeit eines der wichtigsten sozialpolitischen Ziele der Regierungen. Aber genau das wird zum Problem. Wenn alle zur Mitte hin drängen, zur Mitte gehören möchten, wie soll dann Armut bekämpft werden? Wie soll den von Armut betroffenen Menschen wirksam geholfen werden? Jenen, die ganz unten leben, keine Lobby haben und obendrein noch von Medien und Politik vergessen werden.

Der Soziologe Andreas Reckwitz wies bereits 2019 auf Veränderungen in der sogenannten Mittelschicht hin. Er sprach von einer ‚Drei-Klassen-Gesellschaft‘, die er folgendermaßen aufteilte: die prekäre Unterschicht, darüber die alte Mittelschicht, darüber die neue Mittelschicht und über diesen ganz oben die Oberschicht. Eine Politik, die sich

nach der Mitte ausrichtet, verfestigt die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft. Sie übersieht, ja vergisst die 15 bis 20 Prozent der Bürger, die von Armut betroffen sind. In dieser Bandbreite bewegen sich die Statistiken der von Armut betroffenen Menschen in den 27 Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft. Menschen, die – weil sie arm sind – unsichtbar bleiben.

Eine Sozialpolitik, die ihren Namen auch verdient, darf nicht unter der Fahne Entlastung des Mittelstandes segeln, sondern muss die Menschen ins Blickfeld nehmen, die tatsächlich von Armut betroffen sind. Wem der Zusammenhalt in der Gesellschaft ein Anliegen ist, muss die Armut bekämpfen und Gerechtigkeit wieder zum Thema machen. Ziel muss sein, dass so wenig Menschen wie möglich an den Rändern verloren gehen. Dazu gehört auch der Mut, den Wohlhabenden, den Reichen deutlich mehr abzuverlangen.

Josef Stricker

Danke Sepp

Josef Stricker, früherer Arbeiterpriester, langjähriger Gewerkschafter und ehemaliger Landessekretär der Metallergewerkschaft, steuert seit über 20 Jahren regelmäßig einen Meinungsbeitrag für unsere Mitgliederzeitschrift „Solidarität“ bei. In seinen Standpunkten erörtert er die Herausforderungen und großen Fragen der Zeit, mahnt für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, richtet seinen und unseren Blick auf die Rolle und die Herausforderungen der Gewerkschaft, stets informativ und in einer verständlichen Sprache. Seine Beiträge haben die „Solidarität“ aufgewertet, bereichert und „mitgetragen“.

Ruhestand soll irgendwann auch wirklich Ruhestand sein, und so haben wir vollstes Verständnis für sein Anliegen, diese Rubrik nach so vielen Jahren einzustellen. Wir freuen uns aber, in dieser Ausgabe noch einen letzten Standpunkt veröffentlichen zu können.

Lieber Sepp, ein herzliches Vergelt's Gott für die vielen interessanten Beiträge, wir wünschen dir weiterhin alles Gute und viel Gesundheit.

Das Redaktionsteam

Personalsituation verlangt auch langfristige Lösungen

Das Durchschnittsalter der öffentlichen Bediensteten steigt, immer weniger junge Menschen treten in den öffentlichen Dienst ein. Um die Attraktivität dieses Sektors zu steigern, sind gemeinsame Strategien erforderlich. Ein Handlungsfeld sind die Arbeitsbedingungen.



Claudio Scrinzi

In Südtirol arbeiten ca. 35.000 Personen im lokalen öffentlichen Dienst. Die verschiedenen Verwaltungen sind mit Tätigkeiten befasst, die für die Bürgerinnen und Bürger wichtig und notwendig sind. Wenn wir vom öffentlichen Dienst sprechen, denken wir zumeist an das Gesundheits- und Sozialwesen. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen aber auch die wichtigen Aufgaben und Dienste, die von den anderen öffentlichen Ämtern und Strukturen wahrgenommen und erbracht werden wie z.B. Gemeinden und Land.

Der Mangel an qualifiziertem Personal ist in vielen Bereichen zu spüren, auch im öffentlichen Dienst. Im Gegensatz zum Privatsektor besteht im öffentlichen Bereich aber das große Problem des hohen Durchschnittsalters der Beschäftigten. In den kommenden Jahren werden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Rente gehen.

Das Arbeitsförderungsinstitut AFI/IPL hat erhoben, dass das Durchschnittsalter der Beschäftigten in der Landesverwaltung von 39 Jahren im Jahr 2001 auf 47 Jahre im Jahr 2016 gestiegen ist. Das ASTAT hat für das Jahr 2020 ein Durchschnittsalter der Landesbediensteten von 48 Jahren ermittelt. Im Allgemeinen sind im öffentlichen Dienst in Südtirol nur 10% jünger als 30 Jahre.

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Südtirol beträgt 42,8 Jahre und ist in den letzten fünf Jahren um 0,8 Jahre gestiegen. Eine alternde Bevölkerung ist auch stärker auf Gesundheitsdienste und Betreuung angewiesen. Dieses Gesamtbild erfordert es von uns darüber nachzudenken, wie wir dem Arbeits- und Fachkräftemangel – ein Problem, das sich noch verschärfen wird – entgegenwirken können.

Südtirol steht mit diesem Problem nicht alleine da. Auch andere Regionen im In- und Ausland suchen für den Personalmangel im Gesundheits- und Sozialbereich nach Lösungen. Eine deutschlandweite Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt deutlich, dass neben der Frage der Entlohnung auch die Arbeitsbedingungen angepasst und verbessert werden müssen.

In Tirol wurde von der Innsbrucker Fachhochschule MCI im Auftrag der Politik eine Analyse durchgeführt mit dem klaren Ziel, Wissen und Erfahrungen zu bündeln, um gemeinsam wirkungsvolle Strategien für zukünftige Maßnahmen zu entwickeln.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedeutet Flexibilisierung der Arbeitszeit, Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben sowie Anerkennung der geleisteten Arbeit.

Bessere Arbeitsbedingungen könnten beitragen zu verhindern, dass Beschäftigte insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich nach kurzer Zeit wieder kündigen, gleichzeitig die Rückkehr derjenigen

fördern, die diese Tätigkeit aufgeben hatten. Sie könnten auch dazu führen, dass Beschäftigte in Teilzeit ihre Arbeitsstunden aufstocken.

Als SGBCISL haben wir diese Themen mit verschiedenen öffentlichen und privaten Akteuren des Gesundheits- und Sozialbereichs erörtert und die Landesregierung aufgefordert, einen ständigen runden Tisch einzurichten, um gemeinsam Strategien gegen den Personalmangel zu entwickeln. Es ist dieselbe Vorgangsweise wie im Bundesland Tirol, die Landesregierung ist unserer Aufforderung aber nicht gefolgt.

Ein wichtiges Thema ist die Erhöhung des Einstiegsgehalts, ein Anreiz für junge Menschen, in den öffentlichen Dienst einzutreten. Um diesen Vorschlag geht es derzeit im Zuge der Verhandlungen für den Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag BÜKV. Allerdings soll höheren Einstiegsgehältern fast keine Lohnentwicklung mehr folgen. Es gilt also noch einiges zu diskutieren und zu verhandeln, um zu einer Lösung zu gelangen, die nicht nur kurzfristig greift, sondern zukunftsgerichtet ist.

**„Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.“
Albert Einstein**

Claudio Scrinzi

Landessekretär der Fachgewerkschaft
Öffentliche Dienste FP/ÖDV

Die Anlaufstelle für atypisch Beschäftigte

Die Fachgewerkschaft für atypisch Beschäftigte FeLSA hat eine neue Führung und will ihre Rolle als gewerkschaftlicher Bezugspunkt und Verhandlungspartner stärken.

Im September hat die Fachgewerkschaft FeLSA ihre Spitze erneuert. Dabei ist Gianluca Dacol zum neuen Landessekretär gewählt worden. In den Generalrat wurden zudem Omar Covi, Jvonne Peruzzi, Pablo Alberto Pirro und Sandra Pistone gewählt.

Der SGBCISL hatte die Fachgewerkschaft für atypisch Beschäftigte FeLSA vor zehn Jahren auf lokaler Ebene eingerichtet, um die Interessen der mit prekären Arbeitsformen beschäftigten Arbeitnehmer/innen gezielt vertreten und sich für stabilere Arbeitsverhältnisse einsetzen zu können. Die Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt ist eine der großen Herausforderungen der Gewerkschaft.

Die Hauptziele der Fachgewerkschaft sind, in Kürze:

- › über Vertragsverhandlungen jene prekäre Beschäftigung und Arbeitsplatzunsicherheit angehen, die aus der unregelmäßigen Anwendung bestimmter Arbeitsformen entstehen;



Gianluca Dacol
ist der neue
Sekretär der
Fachgewerkschaft FeLSA

- › mit Gewerkschaftsversammlungen an den Arbeitsplätzen präsent sein, neue Mitglieder gewinnen und somit die Vertretungsstärke erhöhen;
- › die Betreuungs- und Beratungstätigkeit ausbauen, nicht nur in arbeitsrechtlichen Fragen, sondern auch in Bezug auf die bilateralen Einrichtungen für berufliche Weiterbildung oder ergänzende Gesundheitsleistungen.

Deine Gewerkschaft

Du bist Leiharbeiter/in oder mit einem so genannten co.co. co-Vertrag beschäftigt? Dann ist die FeLSA deine gewerkschaftliche Vertretung.

Beratung und Betreuung findest du in den Bezirksbüros von Bozen, Meran, Brixen und Bruneck, auch in Bezug auf die Leistungen der bilateralen Körperschaften.

Kontaktiere das Bezirksbüro in deiner Nähe und frage nach den für die FeLSA zuständigen Mitarbeiter/innen.

Bau: Ortsversammlungen finden wieder statt

Die Baugewerkschaft im SGBCISL organisiert heuer im Jänner wieder die traditionellen Ortsversammlungen. Diese bieten Bauarbeitern die Möglichkeit, sich in lockerer Atmosphäre über wichtige Neuerungen und Themen informieren zu können.

Themen sind u.a. die Entwicklung im Bausektor, der Winterlohnausgleich, die Erneuerung des Landeszusatzvertrags, die Gesundheitsleistungen

im Bausektor sowie Informationen zu verschiedenen Unterstützungsleistungen und zur ISEE.

Geplant sind südtirolweit 15 Ortsversammlungen. Diese finden in den ersten beiden Januarwochen 2023 statt.

Sämtliche Termine sind auf der Internetseite www.sgbcisl.it zu finden. Die Baugewerkschaft Filca freut sich auf deine Teilnahme!

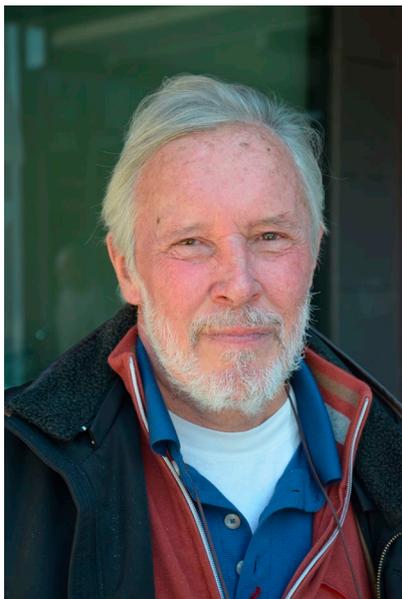


Foto: Michael Galda | Pixabay

Nachruf auf Klaus Reider

Er war der erste deutschsprachige Generalsekretär des SGBCISL und mit seinem strategischen Weitblick ein Glücksfall für die Gewerkschaft. Er hat auch im Bereich der Weiterbildung und bei der Informationsarbeit wichtige Impulse gesetzt.

Im September hat uns Klaus Reider für immer verlassen. Mit ihm haben wir einen Freund, einen langjährigen Gewerkschafter und eine herausragende Führungskraft verloren. Anfang der 70er Jahre ist Klaus Reider als junger Mann in die Gewerkschaft eingetreten und hat dabei die außergewöhnliche Phase des Auf- bzw. Wiederaufbaus des SGBCISL mitbegleitet, die auch durch eine interethnische Neuausrichtung gekennzeichnet war. Nach einigen Jahren als stellvertretender Generalsekretär wurde er 1984 – infolge des 1981 vom Landeskongress eingeführten ethnischen Wechsels an der Spitze – der erste deutschsprachige Generalsekretär des SGBCISL.



Klaus Reider

Sein Handeln war in jenen Jahren vom Bewusstsein geleitet, dass sich die Gewerkschaft den großen gesellschaftlichen Fragen Südtirols nicht entziehen könne: vom Zusammenleben der Sprachgruppen über die Wirtschaftspolitik bis hin zur Weiterentwicklung der Südtiroler Autonomie. So war der Einsatz der Gewerkschaft vor allem auf soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer/innen ausgerichtet. Im SGBCISL kam es vermehrt zu Initiativen für eine gelebte Zweisprachigkeit, für die Vertiefung der Geschichte Südtirols und für die Überwindung ethnisch-sprachlicher Hindernisse und Vorurteile.

In diesem komplexen Umfeld war Klaus Reider der Mann der „Synthese“, so ist er bei vielen seiner Weggefährten in Erinnerung geblieben. Er war imstande, auch komplizierte Sachverhalte einfach und verständlich zu formulieren

und zu vermitteln, und gleichzeitig die verschiedenen Positionen innerhalb der Organisation auf einen gemeinsamen Punkt zu bringen.

Klaus Reider stand für das Verbindende, hatte politischen Weitblick und war aufgrund seines Formats ein Glücksfall für die Gewerkschaft. Nach dem Ausscheiden aus dem Landessekretariat setzte er seine Zusammenarbeit mit dem SGBCISL als Weiterbildner und Autor fort und blieb ein wichtiger Bezugspunkt für die Organisation, insbesondere für den deutschsprachigen Teil.

Nach seiner Pensionierung engagierte er sich in der Rentnergewerkschaft, wo er lange Zeit auch Generalsekretär war. Auch hier bewies er seine Weitsicht (er regte die Diskussion zum Thema Aktives Altern an), seine Aufmerksamkeit für organisatorische Abläufe und sein besonderes Augenmerk für Kommunikation und Weiterbildung.

Klaus Reider war ein Mann mit Grundsätzen, der die Zeichen der Zeit richtig deuten konnte, ein zurückhaltender Mensch, der zwar immer im Mittelpunkt stand, aber nicht im Rampenlicht, seine Großherzigkeit und seine ruhige Art waren prägend.

Lieber Klaus, du wirst uns als große Führungspersönlichkeit und als großartiger Mensch in Erinnerung bleiben!

Das Landessekretariat des SGBCISL
im Namen der gesamten Organisation

„Lebensräume in Meran“ – gelebte Nachbarschaftshilfe für Jung und Alt

In Meran gibt es seit einigen Monaten ein für Südtirol einmaliges Wohnkonzept, welches neuen Wohnraum bietet und das Zusammenleben der Generationen fördert.

Im Juni wurde das Mehrgenerationenhaus am Winkelweg eingeweiht und die ersten Bewohner sind bereits eingezogen. Realisiert wurde das Projekt „Lebensräume für Jung und Alt“ von der Stiftung St. Elisabeth, in Auftrag gegeben von den Eucharistiner Patres, der Diözese Bozen-Brixen, der Caritas und der Stiftung Liebenau.

Der sanierte und barrierefreie Gebäudekomplex, der auf dem Gelände des ehemaligen Eucharistiner-Klosters entstanden ist, bietet unter anderem Platz für 23 Wohneinheiten, die zu einem gestaffelten Mietzins vermietet werden: sieben Zweizimmerwohnungen im ersten Gebäude sowie elf Zweizimmerwohnungen und fünf Dreizimmerwohnungen im zweiten Wohnhaus. Es gilt der Grundsatz, dass zwei Drittel der Bewohner über 65 Jahre alt sein sollen und ein Drittel jüngere Mieter. Ein Vorstellungsgespräch mit den potenziellen Nachbarn wird vorausgesetzt, um einziehen zu dürfen.

Die Stadtgemeinde Meran hat sich mit einer Förderung von 1,3 Millionen Euro am Projekt beteiligt und dafür im Gegenzug eine neue deutschsprachige Kindergartensektion erhalten, bestehend aus zwei Abteilungen, in der 40 Kinder untergebracht werden können.

Die Idee einer generationen-übergreifenden Wohnform baut auf Solidarität, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe auf, jeder kann so viel Hilfe anbieten und annehmen wie er möchte.

Die Idee einer generationen-übergreifenden Wohnform baut auf Solidarität, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe auf, jeder kann so viel Hilfe anbieten und annehmen wie er möchte



Damit das Konzept jedoch funktionieren kann, werden nur Bewohner aufgenommen, die auch bereit sind, sich in die Hausgemeinschaft zu integrieren und sich aktiv am Zusammenleben zu beteiligen.

Im Rahmen der Nachbarschaftshilfe erledigt man füreinander verschiedene Tätigkeiten, z.B. man geht für jemanden einkaufen oder hilft bei Arbeiten im Haushalt. Älteren Menschen kann so ein längeres Leben in Selbstständigkeit ermöglicht werden.

Durch gemeinsame Aktivitäten und ein eigenes Büro für Gemeinwesen, sowie eine eigene Koordinatorin im Haus, wird dafür gesorgt, dass das

Zusammenleben der Hausbewohner funktioniert. Darüber hinaus gibt es einen Kinderspielplatz und Gemüsegärten, welche von den Bewohnern gemeinschaftlich bewirtschaftet werden.

Das Zusammenleben verschiedener Generationen, die sich gegenseitig unterstützen, ist ein sehr interessantes Modell für die Zukunft. Als Organisation, die Werte wie Solidarität, Integration und Inklusion vertritt, befürworten wir dieses in Südtirol einzigartige Wohnkonzept und sehen es als gute Möglichkeit, den Sinn für Gemeinschaft und gegenseitigen Respekt innerhalb unserer Gesellschaft zu stärken.

Omar Covi
SGBCISL Meran

Sitze und Dienste im Blick

Der Generalrat hat einige Zielsetzungen des Bezirks vorgegeben. Ein Schwerpunkt ist dabei die Aufwertung der verschiedenen Sitze.

Im März hatte der Bezirkskongress die Gremien erneuert, nun hat das Sekretariat dem Generalrat die Ziele und Arbeitsschwerpunkte auf Bezirksebene für das nächste Jahr vorgelegt.

Ein wichtiges Ziel dabei ist, dort stärker präsent zu sein, wo wir noch keine Anlaufstellen haben, so etwa im Überetsch. Lediglich die Bauergewerkschaft ist in Kaltern einmal pro Woche vertreten. So prüfen wir derzeit, inwieweit es möglich und zweckmäßig ist, in den Gemeinden Eppan oder Kaltern ein Büro einzurichten.

Um eine dauerhafte, funktionierende Anlaufstelle im Überetsch einzurichten, braucht es neben der Zusammenarbeit mit den Fachgewerkschaften auch jene mit den Dienstleistungsstrukturen, sprich dem Patronat und dem Steuerbeistandszentrum CAF, damit sämtliche Dienste im Steuerbereich und im Bereich der sozialen

Vor- und Fürsorgeangeboten werden können.

Aufgrund der Tätigkeit des Jahres 2022 ist zudem entschieden worden, die Dienste des Steuerdienstes in den Bozner Sitzen der Rentnergewerkschaft FNP am Loew-Cadonna-Platz und in Oberau zu verstärken. Dienste wie die Abfassung der Steuererklärung oder der Einkommenserklärungen ISEE und EEVE werden nun ganzjährig erbracht und nicht mehr nur während des Hauptsteuererklärungszeit.

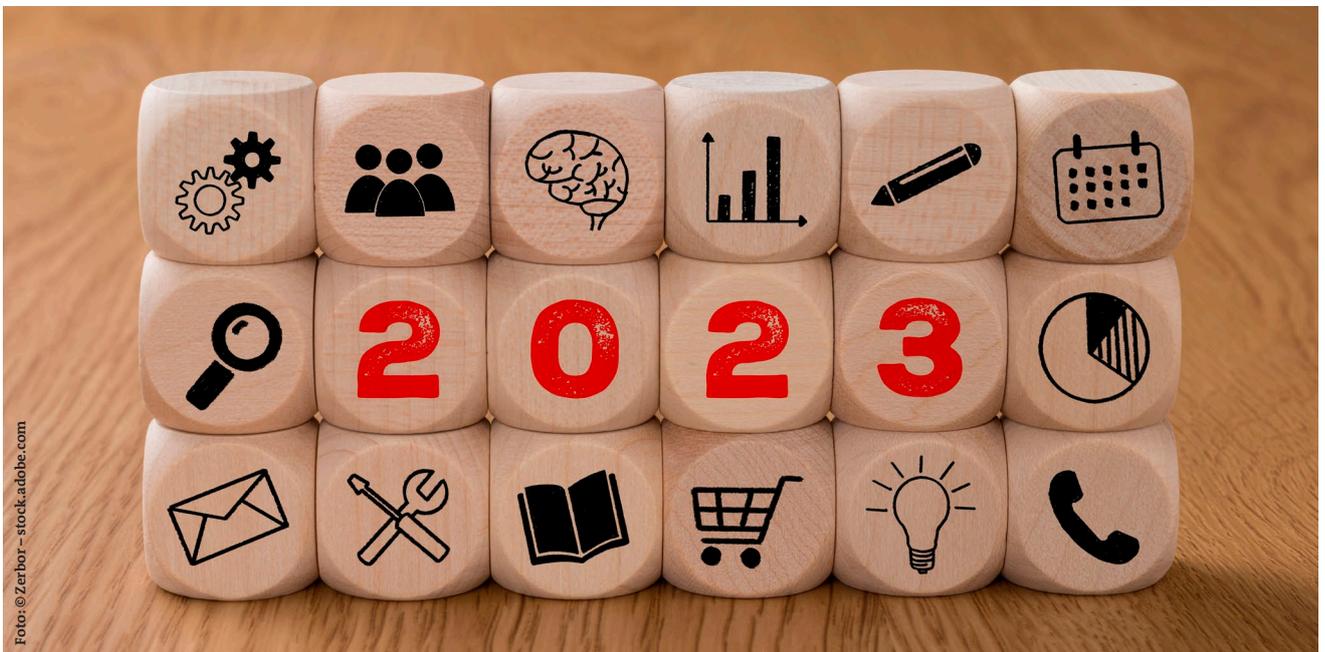
Im Bezirkssitz Neumarkt hingegen ist damit begonnen worden, über die Anbindung an das Glasfasernetz die Internetverbindung zu verbessern, damit die Dienste schneller erbracht werden können.

Auch der Standort Sarnthein soll aufgewertet werden. So soll es zukünftig möglich sein, die Steuerklärungen und die ISEE-Erklärung direkt vor Ort abzufassen.

Was den Sitz in Leifers anbelangt, der bevölkerungsmäßig viertgrößten Gemeinde Südtirols, so ist in Abstimmung mit der Ortsgruppe der Rentnergewerkschaft entschieden worden, einen neuen Standort für den Sitz zu suchen, der den Anforderungen besser entspricht und – sofern möglich – auch kostengünstiger sein soll.

Schließlich soll auch der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt und ausgebaut werden. Geplant sind zwei Informationsveranstaltungen, eine rund um die problematische Wohnsituation in Bozen und den geförderten Wohnbau, und eine zweite zum Thema Sicherheit, im Lichte der jüngsten Vorfälle von Kleinkriminalität.

Michael Raveane
Bezirkssekretär Bozen/Unterland



Das Haus der Solidarität in Brixen

In Brixen gibt es bereits seit 20 Jahren ein Haus, welches sich seinen Namen mit dieser Zeitschrift teilt. Dort finden Menschen in schwierigen Situationen ein Dach über dem Kopf. In diesem Haus geschieht aber noch viel mehr als das.

Das Haus der Solidarität (HdS), das vor Kurzem seinen 20. Geburtstag feierte, befindet sich in Brixen im Stadtteil Milland. Eine seiner zentralen Aufgaben war schon von Beginn an, schnell und unbürokratisch Menschen in schwierigen Situationen aufzunehmen und ihnen eine vorübergehende Heimat zu bieten, bis sie wieder auf eigenen Füßen stehen können. Dies begann mit einer kleinen Wohngemeinschaft mit einem Dutzend Gästen, mittlerweile besteht die Hausgemeinschaft aus durchschnittlich 50 Gästen. Ein Team von MitarbeiterInnen leitet mit der Unterstützung von ehrenamtlichen HelferInnen das Haus, organisiert das tägliche Leben in der Gemeinschaft und hilft bei Arbeits- und Wohnungssuche, bei gesundheitlichen Problemen, beim Spracherwerb und bei der Bewältigung von Bürokratie.

Aber das Haus der Solidarität ist noch viel mehr als das: Es wird auch Sensibilisierungsarbeit zu den Themen Integration, Armut, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit geleistet: Mit Schulbesuchen, Events, Büchern, Filmen, über Social Media und mit diversen Projekten wird so ein besseres Bewusstsein für eine große Themenvielfalt geschaffen.

Ein Fixpunkt im Jahresprogramm des HdS ist das „Zugluftfest“, ein Openair-Festival mit Musik, Essen und einem vielfältigen Rahmenprogramm. Auch die monatlich stattfindenden interkulturellen Abendessen, an denen alle Interessierten teilnehmen können und bei denen Gäste des HdS Gerichte aus ihren Herkunftsländern präsentieren, erfreuen sich großer Beliebtheit in Brixen und Umgebung.

Ohne eine gut funktionierende Netzwerkarbeit wären alle diese



Aktivitäten des HdS natürlich nicht möglich, deshalb haben auch verschiedene Organisationen im HdS ihren Sitz, mit denen eng zusammengearbeitet wird, unter anderem die OEW (Organisation für eine solidarische Welt). Die Gemeinde Brixen und das Land Südtirol stellen die Räumlichkeiten des HdS kostenlos zur Verfügung, abgesehen davon finanziert das HdS seinen Betrieb jedoch selbständig durch seine Aktivitäten und über Spenden, also ohne öffentliche Beiträge.

Ab Januar 2023 beginnt ein neues Projekt des HdS, sozusagen eine „Außenstelle“ des Hauses: Ein Teil des sog. „Fischerhauses“ in Vintl wird vom Land Südtirol und der Gemeinde Vintl für acht Jahre kostenlos an das HdS übergeben. Dort wird dann im Rahmen eines Inklusionsprojektes bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt.

Das HdS ist ein einzigartiges Projekt, welches deshalb auch weit über

die Grenzen von Südtirol hinaus bekannt geworden ist. Unter anderem widmete sich bereits eine Ausgabe des „Süddeutsche Zeitung Magazin“ dem HdS, im Jahr 2017 erschien der Dokumentarfilm „Der sechste Kontinent“ über das HdS von Regisseur Andreas Pichler. Über die Jahre ist das HdS so durch all seine Tätigkeiten und durch die Bewusstseinsbildungs- und Netzwerkarbeit ein wichtiger Bestandteil des sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Gefüges in Brixen und in Südtirol geworden, und es ist nicht mehr daraus wegzudenken. Hier wird Solidarität konkret gelebt.

Josef Untermarzoner
SGBCISL Brixen

Infos zum 500-Euro-Bonus des Landes

Eine Übersicht über die 500-Euro-Landesleistung zugunsten der Haushalte ohne minderjährige Kinder zur Abfederung der steigenden Energiepreise („Entlastungsbonus“).

500-Euro-Bonus

- › Diese Leistung richtet sich an Haushalte ohne minderjährige Kinder: Rentner/innen, Familien mit volljährigen Kindern, Familien ohne Kinder und alleinstehende Personen.
- › Voraussetzung ist ein ISEE-Wert bis 40.000 Euro.
- › Ansuchende müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung den Wohnsitz in Südtirol haben und Vertragsinhaber der Stromlieferung der Wohneinheit sein.
- › Für diese Leistung muss **bis spätestens 31. März 2023** ein eigener Antrag gestellt werden, entweder online oder über ein Patronat.
- › Für Anträge, die ab 1.1.2023 gestellt werden, kann sei es die ISEE 2022 als auch die ISEE 2023 vorgelegt werden.

Terminvormerkung notwendig

Der Antrag kann über ein Patronat oder online gestellt werden. Wichtig ist, die ISEE-Erklärung bereits abgefasst zu haben.



Die Steuerbeistandszentren CAF sind der Ansprechpartner für die Abfassung der ISEE. Diese kann aber auch selbst über die Internetseite des INPS abgefasst werden.

In unseren Büros ist eine Terminvormerkung notwendig:

- › für die ISEE beim Steuerdienst CAF
- › und für den Antrag beim Patronat INAS.

Die Kontakte der Bezirkssitze sind

auf der letzten Seite oder auf www.sgbcisl.it zu finden.

Notwendige Unterlagen für die ISEE 2023

Die Liste der erforderlichen Unterlagen ist ebenfalls auf unserer Internetseite www.sgbcisl.it oder über diesem QR-Code abrufbar:



600 Euro-Bonus

Für Familien mit minderjährigen Kindern ist eine Landeskindergeld-Zusatzzahlung von 600 Euro vorgesehen. Anspruch darauf haben Familien, die im Zeitraum Oktober bis Dezember 2022 mindestens eine Rate des Landeskindergelds beziehen.

Info CAF SGBICSL

Steuererklärung 2023



- › Der Zeitraum für die Abfassung der Steuererklärung 730/2023 in unseren Sitzen startet im April 2023. In der nächsten Ausgabe der Solidarität werden wir über die Steuerinformationen und -neuheiten informieren, die bei Redaktionsschluss noch nicht festgestanden sind.
- › Ab Februar wird es möglich sein, in unseren Steuerdienstbüros einen Termin für die Abfassung der Steuererklärung 2023 vorzumerken.

Neues bei der Elternzeit

Für lohnabhängig beschäftigte Eltern gibt es einige neue Elternzeit-Regelungen.

Die zu **30% bezahlte Elternzeit kann nun bis zum 12. Lebensjahr** des Kindes beansprucht werden (zuvor bis zum 6. bzw. 8 Lebensjahr).

Neu ist zudem die Aufteilung der nunmehr **neun zu 30% entlohten Elternzeitmonate** (zuvor waren es sechs bezahlte Monate):

- › jedem Elternteil stehen drei Monate zu (3+3)
- › und drei weitere Monate können unter den Eltern aufgeteilt werden (diese können aber nicht gleichzeitig beansprucht werden).

Die Höchstdauer der Elternzeit bleibt unverändert bei 10 bzw. 11 Monaten, davon max. 6 Monate für die Mutter und max. 7 Monate für den Vater. Der zehnte und elfte Elternzeitmonat werden nur dann zu 30% entlohnt, wenn das Einkommen unter einem gewissen Wert liegt.

Für alleinerziehende Eltern wird die Elternzeit von 10 auf 11 Monate angehoben, wobei 9 davon mit 30% des Gehalts entlohnt werden.

Dauerhaft festgeschrieben wurden zudem die **zehn bezahlten Pflichtvaterschaftstage** bei Geburt oder Adoption eines Kindes. Neu ist, dass diese bezahlte Freistellung nun auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gilt.

Nb. Für die Beschäftigten im lokalen öffentlichen Dienst und für die Lehrpersonen der staatlichen Schulen gelten ausführlichere Regelungen. Auskunft dazu erteilen unsere Fachgewerkschaften.

Achtung: Bei der Elternzeit könnte es zu weiteren Änderungen kommen. Die Regierung in Rom plant, über das staatliche Haushaltsgesetz



2023 einen zusätzlichen Elternzeitmonat einzuführen, der zu 80% entlohnt werden soll. Bei Redaktionsschluss stand die Entscheidung noch aus.

Rudi Nöckler
INAS Brixen

Landeskindergeld – Erneuerung ab 2023

Ab Jänner kann die Erneuerung des Landeskindergeldes für den Zeitraum ab März 2023 (bis Februar 2024) beantragt werden, entweder online oder über ein Patronat.

Um das Landeskindergeld ohne Unterbrechung zu beziehen, muss der Antrag bis spätestens 30. September 2023 eingereicht werden.

Um ansuchen zu können, muss die ISEE 2023 (Einkommen 2021) mit einem Wert bis 40.000 Euro

vorliegen. Die ISEE kann beim Steuereinkommen CAF vorgemerkt und abgefasst werden.

Das Landeskindergeld ist nach ISEE-Wert gestaffelt:

- › 70 Euro pro Monat pro Kind stehen bei einem ISEE-Wert bis 15.000 Euro zu,
- › 55 Euro pro Monat pro Kind hingegen bei einem ISEE-Wert zwischen 15.000,01 und 40.000 Euro.
- › Höhere Beträge gibt es im Falle von Kindern mit

einer Behinderung bestimmten Grades.

Wir erinnern daran, dass Ansuchen für Neugeborene innerhalb von 180 Tagen nach der Geburt eingereicht werden müssen.

Nb. Wer für den Zeitraum ab Juli 2022 noch nicht angesucht hat: Für die rückwirkende Auszahlung haben Anspruchsberechtigte noch bis 31. Dezember 2022 Zeit um den Antrag zu stellen.

Neue Homepage ist online

Wir sind vor kurzem mit einer neuen, inhaltlich und grafisch überarbeiteten Internetseite online gegangen. Unser Ziel war es, einen gut strukturierten Internetauftritt zu gestalten, der sämtliche Inhalte wie Meldungen, Informationen, Dienste, Kontakte, Online-Vormerkungen usw. benutzerfreundlich präsentiert. Schaut vorbei und entdeckt unseren neuen Internetauftritt unter www.sgbcisl.it



Deine Rechte als Verbraucher/In

Ich habe eine Jeans online gekauft, aber nachdem ich sie anprobiert hatte, beschloss ich, sie dem Verkäufer zurückzuschicken, weil sie mir nicht gefiel. Der Online-Shop hat mir aber die Kosten der Rücksendung in Rechnung gestellt, ist das richtig?

Einzelne große Unternehmen, insbesondere im Bekleidungssektor, haben nun in einigen Ländern damit begonnen, für die Rücksendung der Ware, die für die Verbraucher:innen bis dahin kostenlos war, eine Gebühr zu verlangen. Die Gründe für diesen Sinneswandel vonseiten der Unternehmen sind hauptsächlich ökonomischer Natur und stehen im Zusammenhang mit der globalen Krise, mit der wir konfrontiert sind. Nach einem Onlinekauf bietet das Gesetz den Verbraucher:innen die Möglichkeit, vom Kauf innerhalb von 14 Tagen nach dem Erhalt der Ware ohne Angabe von Gründen zurückzutreten. Trotz gesetzlich garantierbarem Rücktrittsrecht **kann das Unternehmen jedoch in den Geschäftsbedingungen vorsehen, dass die Kosten der Rücksendung von den Verbraucher:innen zu tragen sind.**

Man sollte daher die Gelegenheit nutzen, das eigene Kaufverhalten im Internet zu überdenken und bewusster zu kaufen – der Brieftasche und der Umwelt zuliebe!

Bewusster kaufen bedeutet, sich zunächst **zu überlegen, ob man das Produkt überhaupt braucht**, und sich nicht aus einem Impuls heraus zu Spontankäufen hinreißen lassen.

Verantwortungsbewusste Verbraucher:innen sollten **die Geschäftsbedingungen vor dem Kauf stets sorgfältig prüfen**, um festzustellen, ob Kosten für die Rückgabe anfallen!

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass **die Ausübung des Rücktrittsrechts auch eine erhebliche Umweltbelastung darstellt**. Wenn Ihnen das Thema Nachhaltigkeit am Herzen liegt, sollten Sie bedenken, dass Gewohnheiten wie der Kauf desselben Kleidungsstücks oder eines Paares Schuhe in verschiedenen Größen, um anschließend lediglich die richtige Größe zu behalten, oder die Bestellung eines Kleides, nur um ein Bild in den sozialen Medien zu posten und es dann zurückzuschicken, große negative Effekte auf die Umwelt haben, welche sich entlang der gesamten Kette von Produktion, Vertrieb und der Entsorgung von Waren auswirken.

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite des EVZ unter: https://www.euroconsumatori.org/de/news_de/785

Rubrik in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen VZS und EVZ

Lehrlingskalender gibt es auch online

Der Lehrlingskalender 2022/2023 ist da. Der nützliche Begleiter für Lehrlinge und Lehrlinginnen wird an den Berufsschulen in Südtirol verteilt. Das Handbuch gibt Antwort auf das, was Lehrlinge wissen müssen: von A wie Arbeitssicherheit bis Z wie Zusatzrente. Neben dem gedruckten Lehrlingskalender gibt es unter www.lehrlingskalender.it auch eine online-Version, die laufend aktualisiert wird, und ab Dezember auch eine App.



Keine Beilage

Wir haben heuer aus Kostengründen darauf verzichtet, den traditionellen „Arbeitszeiten-Taschenkalender“ mit der Mitgliederzeitschrift mitzuschicken. Wir haben eine kleinere Auflage gedruckt, wer ein Exemplar haben möchte, kann dieses in den Bezirksbüros abholen, solange der Vorrat reicht.

Schöne Feiertage!

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern und ihren Familien besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!

Aus dem Rahmenprogramm 2023



Nachfolgend einige Vorschläge des ETSI im neuen Jahr

Ausflüge

Jänner/Februar **Ausflug nach Franciacorta** (Outlet + Mittagessen)

März/April **Ausflug nach Maranello**

März/April **Tagesfahrt mit Fischmenü**

November **Kulinarischer Ausflug, Mittagessen mit Stockfisch/Eselsfleisch**

Meeraufenthalte

Cattolica Hotel D'Annunzio 3*
Alba Adriatica Hotel Sporting 3*
Tortoreto Lido Hotel Lady 3*

(in diesen Orten und zu den angegebenen Terminen sind individuelle Hotelabänderungen evtl. möglich)

1. Turnus vom 28. Mai bis 10. Juni
2. Turnus vom 11. Juni bis 24. Juni
3. Turnus vom 25. Juni bis 8. Juli
4. Turnus vom 27. August bis 9. September

Apulien noch festzulegen Juni Juli

Sardinien noch festzulegen Juni Juli

Kampanien Ferienanlage Olimpia, 18. Juni bis 2. Juli

Ägypten - Teneriffa Oktober/November

Thermalaufenthalte

Abano Terme Hotel Venezia 4*

März
(7 oder 13 Übernachtungen)

Mai
(7 Übernachtungen)

Oktober
(7 oder 13 Übernachtungen)

ISCHIA

Oktober
(14 Übernachtungen)

Wir erwarten euch immer vormittags von Montag bis Donnerstag zwischen 9 und 12 Uhr in unserem Sitz in Oberau um die Zeitung zu lesen, für einen Kaffee, für einen lockeren Austausch uvm.

Tanzkurse
Tanz-Gymnastikkurse
Sanfte Gymnastik und Yoga
Schwimmkurse



Einige Termine können aufgrund der Verfügbarkeit von Flügen und Bussen um 1-2 Tage verschoben werden.

Informationen:

ETSI Kultur und Freizeit
Siemens-Straße 23, Bozen
Tel. 0471 568 476 - etsi@sgbcisl.it
www.sgbcisl.it/etsi

Solidarität für...

Frauen, die Opfer von Gewalt sind, jenseits der institutionalisierten Gedenktage.

Fällt das Stichwort „Gewalt an Frauen“ denken wir spontan an körperliche Gewalt. Nicht weniger folgeschwer können die anderen Gewaltformen sein: Beleidigungen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Diskriminierung, wirtschaftliche Abhängigkeit, Cyber-Stalking.

Die Ursachen sind vielfältig, individuell wie strukturell, und reichen von persönlichen Erfahrungen und Problemen bis hin zum Tolerieren von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung bis hin zu ungleichen Machtverhältnissen.

Das vielschichtige Problematik der Gewalt gegen Frauen, und allgemein gegen alle Personen oder Gruppen, die in irgendeiner Weise „anders“ oder „schwächer“ sind, muss auf mehreren Ebenen angegangen werden, in den Schulen, den Familien und an den Arbeitsplätzen, angefangen bei der Erziehung bis hin zum Mut eines jeden, solche Situationen wahrzunehmen und anzugehen, zum Schutz der Schwächeren in der Gesellschaft und im Interesse von uns allen.

HAUPTSITZ

Bozen

Siemensstraße 23
Tel. 0471 568400
info@sgbcisl.it

BEZIRKE

Bozen/Unterland

Bozen

Mailandstraße 121/A
Tel. 0471 204 602

Leifers

Weissensteiner Straße 3
Tel. 0471 952 692

Neumarkt

Rathausring 19
Tel. 0471 812 139

Eisack/Rienz

Brixen

Großer Graben 7
Tel. 0472 836 151
brixen@sgbcisl.it

Bruneck

Stegener Straße 8
Tel. 0474 375 200
bruneck@sgbcisl.it

Sterzing

Gänsbacherstraße 33
Tel. 0472 766 640

Meran/Vinschgau

Meran

Meinhardstraße 2
Tel. 0473 230 242
info.me@sgbcisl.it

Mals

General-Verdross-Str. 45
Tel. 0473 831 418